



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Energiewende ist kein Selbstzweck

Berlin, 14.05.2014

Peter Meiwald, **MdB**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berliner Büro:

Telefon: 030 – 227 – 780 40
Email: peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro:

Alter Postweg 25
26215 Wiefelstede
Telefon: 0170 – 182 48 71
Email:
peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Oldenburg. Anlässlich der aktuellen gesellschaftlichen Empörung über die von Minister Gabriel unlängst in den Bundestag eingebrachte Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) referierte der hiesige Bundestagsabgeordnete Peter Meiwald auf Einladung des GRÜNEN Stadtverbandes in Oldenburg zu Klimaschutz und Energiewende aus grüner Perspektive. Vor zahlreichen interessierten Zuhörer_innen verdeutlichte Meiwald: „Die Energiewende ist kein Selbstzweck, sondern ebenso wie Mobilitätswende oder auch die überfällige Agrarwende ein notwendiges Mittel, um die drohende Klimakatastrophe zu verhindern“.

„Wenn sich selbst die CSU im Plenum über die zukünftig geplante Belastung selbst genutzten Solarstroms mit EEG-Umlage im Bundestag abfällig äußert und das komplette Ausbremsen der Bioenergie kritisiert, dann zeigt das, wie wenig es der Großen Koalition um eine nach vorne gerichtete Weiterentwicklung des EEG geht“, so führte Meiwald aus. Er selber könne nichts Positives entdecken bei der EEG-Reform und alle Vorbehalte von Verbraucherorganisationen und Bürgerenergieverbänden bestätigen. Der erste Westersteder im Bundestag wundere sich nur noch: „Ein planwirtschaftlicher Deckel auf die Erneuerbaren und unausgelegene Ausschreibungspläne sorgen allerdings dafür, dass die Energiewende teurer und die Bürgerenergie ausgebremst wird. Gerne reden die Regierungspolitiker als finales Argument über die Kosten der Energiewende – in diesem Jahr ca. 22 Mrd. Euro, die als EEG-Umlage an die Anlagenbetreiber ausgezahlt werden (das ist nicht deren Gewinn, sondern zum überwiegenden Teil die Refinanzierung der Investitionen der Landwirte und Bürger_innen, die die Energiewende so weit gebracht haben, wie sie jetzt ist). Dabei vergessen die gleichen Redner_innen aber zu erwähnen, dass gleichzeitig etwa 100 Mrd. Euro im Jahr für Importe von fossilen Energieträgern – Öl, Gas, Kohle – ins Ausland überwiesen werden.“

Völlig inakzeptabel ist aus Meiwalds Sicht auch die aktuell im Bundestag beschlossene Verlängerung der auslaufenden Atomverträge mit Indien und Brasilien, obwohl für Deutschland



ja zu Recht der Atomausstieg – wenn auch zu langsam angesichts der immer noch ungeklärten Endlagerfrage – beschlossen worden ist.

Für die GRÜNE Bundestagsfraktion sieht Peter Meiwald viele Möglichkeiten, im Sinne des Klimaschutzes Hebel anzusetzen, den CO²-Ausstoß zu mindern. Meiwald listete auf: „Das Bundesberggesetz muss dringend reformiert werden, um den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und das unsinnige Fracking zu verhindern. In der energetischen Gebäudesanierung, in einer vernetzten Mobilität und auch in der Landwirtschaft liegt ein riesiges Potential, Energie einzusparen, aber da schaut die Regierung nicht hin, sondern baut der Kohlelobby ein noch wärmeres Nest.“

Der GRÜNE Bundestagsabgeordnete aus Oldenburg und dem Ammerland ist alles andere als resigniert, wenn er diesen Abend beendet: „Mut macht mir, wenn sich wie in Oldenburg oder bei der großen Demo in Berlin so viele Menschen über die Generationen hinweg wegen der Umsetzung der Energiewende empören.“